REGIERUNG

Mühe mit dem Konsens

A. KIRCHHOFF / ACTION PRESS

Verkehrsstau (auf der Autobahn in Hamburg)

Am vergangenen Donnerstag ist die rot-grüne Regierung im Vermittlungsausschuss bei den Abstimmungen über Entfernungspauschale und Agrardiesel „hart an einer Katastrophe vorbeigeschrammt“, wie hinterher mehrere Teilnehmer berichteten. Die zweistündige Vorbesprechung der SPD-Unterhändler hatte nahezu ergebnislos geendet. Nur unter größter Mühe brachte schließlich Finanzminister Hans Eichel einen Konsens zu Stande.

Die unterschiedlichen Auffassungen zwischen der roten und der grünen Seite, zwischen Stadt- und Flächenstaaten, vor allem aber zwischen den Repräsentanten der SPD-Bundestagsfraktion und den Ländervertretern sind jedoch keineswegs beigelegt. Der nordrhein-westfälische Finanzminister Peer Steinbrück geriet im Vermittlungsausschuss mit Eichel aneinander und zweifelte dessen Zahlen an. Die SPD-Parlamentarier empörten sich über das wiederholte eigenwillige Vorgehen des Kanzleramts, das bei der Entfernungspauschale zunächst die Länder, dann die Bundestagsfraktionen von Rot und Grün außer Acht gelassen hatte. Der Hamburger Bürgermeister Ortwin Runde wiederum kritisierte – wie schon in der Runde der SPD-Ministerpräsidenten eine Woche zuvor – die Entfernungspauschale, die zur weiteren Zersiedelung der Landschaft beitrage. Auch die Intervention von Manfred Stolpe („Mensch Ortwin, das musst du verstehen“) half nicht weiter. Im Vermittlungsausschuss enthielt sich Runde der Stimme.

Nachdem sich die CDU-regierten Bundesländer von der beabsichtigten Steuersenkung für Agrardiesel von 57 Pfennig auf 47 Pfennig nicht ködern ließen, ist die Mehrheit bei der Bundesratsabstimmung am 21. Dezember noch nicht gesichert: Damit wären die Entfernungspauschale, der Heizkostenzuschuss, aber auch die Senkung der Steuer für Agrardiesel zum 1. Januar vom Tisch.

BRANDENBURG

Falscher Professor

Das Kultusministerium von Sachsen-Anhalt wird dem brandenburgischen Wissenschaftsstaatssekretär Christoph Helm (CDU) voraussichtlich den Professorentitel entziehen. Der promovierte Altsprachler, der seit 1. November die Aufsicht über die rund 700 Professoren an Brandenburgs Hochschulen führt, war 1995 vom ukrainischen Luftfahrtinstitut Charkow zum Honorarprofessor ernannt worden. Im selben Jahr beantragte er in Sachsen-Anhalt, wo er als Ministerialdirigent arbeitete, die Anerkennung des Titels – vergebens. Fünf Jahre später, wenige Tage vor seinem Wechsel nach Brandenburg, erhielt er jedoch in Magdeburg eine von einem Ministerialdirigenten unterzeichnete „Urkunde“ ausgehändigt, die es ihm erlaubt, den Titel „Prof.“ zu tragen. Dieses Verfahren, so das Magdeburger Kultusministerium, „genüge weder den rechtlichen Anforderungen des Landes noch den Vorgaben über eine Beteiligung der Kultusministerkonferenz“. Die Umstände der Urkundenverleihung von Ministerialdirigent zu Ministerialdirigent seien nicht nachvollziehbar. Darum wird der Entzug des Titels geprüft. Helm sagte dazu, er könne sich den „kuriosen Vorgang“ nicht erklären. Das unrechtmäßige Tragen eines Titels ist strafbar.

P. GLASER

Pilz, Vogel in Suhler Fabrik (1993)

SUBVENTIONEN

Vogel unter Verdacht

In der Affäre um ungerechtfertigte Subventionen für eine CD-Fabrik des Unternehmers Reiner Pilz im thüringischen Suhl haben Ermittler die Spitzen der Erfurter Landesregierung ins Visier genommen. Das Amtsgericht Mühlhausen hält Ministerpräsident Bernhard Vogel, Finanzminister Andreas Trautvetter und Wirtschaftsminister Franz Schuster (alle CDU) für „verantwortlich Handelnde“ im Zusammenhang mit „Untreuehandlungen zum Nachteil des Freistaates Thüringen“. Ermittelt wird wegen des Verdachts auf Untreue bisher unter anderem gegen den einstigen Vorstandsvorsitzenden der Thüringer Aufbaubank und früheren Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Carl-Ludwig Wagner (CDU), und den Geschäftsführer der Thüringer Industriebeteiligungsgesellschaft (TIB) Gerhard Hoffmann-Becking.

Mitglieder der damaligen Landesregierung, Verantwortliche der Aufbaubank und der TIB hätten dafür gesorgt, dass mindestens 282 Millionen Mark an staatlichen Beihilfen in das Unternehmen flossen, obwohl ein Experte des Wirtschaftsministeriums vor einem klassischen Konkursfall gewarnt hatte. Insgesamt kostete das Staatsengagement über eine halbe Milliarde Mark. Wegen der politischen Brisanz des Falls zog in der vorigen Woche Generalstaatsanwalt Winfried Schubert das Verfahren an sich. Er will aber die Immunität von Vogel, Trautvetter und Schuster nicht aufheben lassen. Justizintern wird befürchtet, dass Schubert „das Verfahren beerdigen“ soll.